

PRESSEMITTEILUNG

DES BAYERISCHEN LANDESSTUDIENRATENRATS

11.03.2025

Zukunftsweichen stellen: Dringender Bedarf an bezahlbarem Wohnraum

Die aktuellen Zahlen des Moses-Mendelssohn-Instituts zeichnen ein düsteres Bild: In vielen bayerischen Hochschulstädten liegen die Mietpreise für WG-Zimmer weiter weit über der vorgesehenen Wohnpauschale des BAföGs. So beläuft sich der Durchschnitt in München in zwischen auf rund 800 € pro Monat – auch wenn sich die Mietpreise mittelfristig stabilisieren sollten, werden sie die aktuelle BAföG-Wohnpauschale weiterhin deutlich übersteigen. Die Konsequenzen sind fatal: lange Pendelwege, prekäre Wohnverhältnisse und der Verlust von Selbstständigkeit während des Studiums. Im Rahmen der aktuellen Koalitionsverhandlungen sieht der Bayerische Landesstudierendenrat (BayStuRa) endlich die Chance, diesen Missstand nachhaltig zu beheben. „Die bisherigen Ansätze, wie das Programm ‚Junges Wohnen‘, sind zwar ein Anfang, reichen aber bei Weitem nicht aus und müssen dringend langfristig verstetigt werden. Wir brauchen eine massive Förderung von Neubau- und Sanierungsprojekten sowie gezielte finanzielle Unterstützung für studentische Wohnprojekte“, fordert Isabella Hennessen, Sprecherin des BayStuRa.

Jakob Sehrig, ebenfalls Sprecher des BayStuRa, betont: „Nur durch eine enge und koordinierte Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern, Studierendenwerken und Hochschulen kann der Wohnraummangel nachhaltig reduziert und die Chancengleichheit im Studium langfristig gesichert werden.“ Nils Weber, Sprecher des BayStuRa, ergänzt: „Wenn auf Bundesebene über Sondervermögen diskutiert wird, darf der Wohnungsbau für Studierende nicht außen vor bleiben. Bezahlbarer Wohnraum ist essenziell, um Chancengleichheit und den Studienerfolg zu sichern. Daher darf bezahlbarer Wohnraum keine Mangelware bleiben!“ Neben dem Ausbau öffentlicher Wohnheime braucht es eine verstärkte Förderung genossenschaftlicher Wohnmodelle. Diese bieten langfristig stabile und bezahlbare Alternativen zum überhitzten Wohnungsmarkt. „Zusätzlich braucht es klare gesetzliche Regelungen, um Spekulationen mit studentischem Wohnraum zu verhindern und Mietsteigerungen wirksam zu begrenzen“, betont Jakob Sehrig. Ein weiterer Hebel ist die Bereitstellung öffentlicher Flächen für studentischen Wohnungsbau und der Abbau bürokratischer Hürden.

Mit diesen Maßnahmen will der Bayerische Landesstudierendenrat sicherstellen, dass Studierende nicht durch exorbitante Mietpreise benachteiligt werden. „Unsere Forderungen richten sich klar an alle Verhandlungspartner: Es ist höchste Zeit, den studentischen Wohnungsbau verbindlich und langfristig in die Koalitionsverhandlungen aufzunehmen“, fordert Nils Weber abschließend.

Der BayStuRa steht damit für eine Politik, die den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum als grundlegende Voraussetzung für eine chancengerechte Hochschulbildung anerkennt und Bayern sowie Deutschland als Bildungs- und Wissenschaftsstandort langfristig sichert.